



## **Atomkraft abschalten! Gorleben- Schluss jetzt!**

**Auftaktkundgebung November 2010 Dannenberg Verladekran 13 Uhr**

### **Rote Karte für die Atomkraft!**

Statt endlich abzuschalten wollen die Energiekonzerne RWE, EON, Vattenfall und EnBW ihre Atomkraftwerke noch jahre- und jahrzehntelang weiter betreiben und täglich eine Million Euro für jedes Atomkraftwerk extra kassieren. Der Regierung und den Konzernen geht es nur um eins: Profite auf Kosten der Sicherheit. Doch jedes Atomkraftwerk ist eine Zeitbombe, und jedes Quäntchen Atommüll, das beim Weiterbetrieb anfällt, ist ein Gramm zu viel. Wir stehen am energiepolitischen Scheideweg: Wird weiter auf Dinosauriertechnologien gesetzt - oder umgehend und konsequent auf Erneuerbare Energien umgestiegen?

Die Alternativen sind längst da, man muss sie nur durchsetzen. Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien – im Gleichklang mit Energiesparen und Energieeffizienz!

#### **Atommüllberge ohne Ende**

Weltweit gibt es kein Endlager für hochradioaktive Abfälle. Das hat einen einfachen Grund: das Teufelszeug ist hochgiftig und muss für eine Millionen Jahre sicher von der Biosphäre abgeschlossen werden. Ein Ding der Unmöglichkeit. Wie schnell die Endlagerpläne platzen, zeigen die havarierten Atommülllager Asse II und Morsleben. Die Asse säuft ab und Morsleben stürzt ein. Nicht 30.000 Generationen Sicherheit, nur eine Generation Unsicherheit reichte, um das Märchen vom sicheren Endlager zu entlarven. Wir fordern Konsequenzen: hört sofort auf, Atommüll zu produzieren, ihr könnt mit dem vorhandenen schon jetzt nicht umgehen!

#### **Mit Gorleben kommen sie nicht durch!**

Demokratie endet, wo es um Atommüll geht: In Gorleben wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne Beteiligungsrechte der Allgemeinheit ab dem 1. Oktober 2010 die "untertägige Erkundung" wieder aufgenommen, das heißt, dass der Schwarzbau Gorleben so vollendet werden soll. Der Salzstock in Gorleben, das wissen wir, ist wegen seines Grundwasserkontakts und der nahen Gasfelder als Endlager völlig ungeeignet. Die Standortentscheidung in den 70-er Jahren war nie geologisch begründet, Gorleben wurde alternativlos und willkürlich politisch ausgewählt. "Erkundung" bis zur Fertigstellung? Nicht mit uns!

#### **Atomtransporte kreuz und quer**

Wenn im November der nächste Castor-Konvoi aus La Hague nach Gorleben rollt, dann wird nur vorgetäuscht, in der Atommüllentsorgung bewege sich etwas. Denn der Atommüll wird nur von A nach B gekarrt und in luftigen Hallen abgestellt. Ob Ahaus, Greifswald, Gorleben: Atomtransporte sind ein Risiko, das wir nicht hinnehmen können.

#### **Auf ins Wendland!**

Stimmen wir ab, mit Händen und Füßen, wenn der nächste Castor ins Wendland rollt: Der Atomkraft die Rote Karte. Leistet Widerstand gegen die Atomkraft im Land. Mit Gorleben kommen sie nicht durch.

#### **Castor stopp, Atomausstieg sofort!**

Die Auftakt-Demonstration und die Proteste gegen den diesjährigen Castortransport werden von einem großen Bündnis von Anti-Atom-Initiativen getragen und organisiert.

Zur Auftaktkundgebung am Samstag vor dem Eintreffen des Castor-Zuges in Dannenberg rufen folgende Organisationen auf:

**Bürgerinitiative Umweltschutz  
Lüchow-Dannenberg  
Bäuerliche Notgemeinschaft  
ContrAtom  
Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad  
.ausgestrahlt  
BUND  
Compact  
Robin Wood  
X-tausendmal quer**

Unsere Arbeit wird durch das Engagement vieler Menschen hier im Wendland und von überall ermöglicht, aber die Organisation kostet auch sehr viel Geld. Bitte unterstütze unsere Arbeit durch Teilnahme an der Demo - und auch durch Deine Spende:

Bl Lüchow-Dannenberg  
Kontonr.: 230 042 798, BLZ: 258 501 10  
Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg  
Stichwort: Castorproteste 2010

**Weitere Informationen zur Demo  
und zu den Aktionen während des  
gesamten Castortransports erhältst  
du im Internet unter  
[www.castor2010.de](http://www.castor2010.de)**



## Stand der Dinge

In dieser Randspalte wird in kurzen Worten erklärt, in welchem Ausbaustadium sich die verschiedenen Anlagen befinden.

### Faßlager

Die Einlagerung von schwach- und mittelaktivem Müll in Fassgebänden begann 1984. Ende der 80er Jahre wurden Fässer mit ungeklärtem Inhalt aus der belgischen Atomschmelze Mol entdeckt („Transnuklearskandal“). 1.296 Gebinde mussten wegen des Drucks der atomkritischen Öffentlichkeit aus Gorleben wieder entfernt werden. Entdeckt wurden darüberhinaus Korrosionsschäden und „Blähfässer“ (Gasentwicklung). Messberichte der Brennelementlageregesellschaft (BLG) belegten z.B. einen Anstieg der Radioaktivität bei sommerlichen Außentemperaturen, was die Gasbildung „anheizt“. Auf Druck der Fachgruppe Radioaktivität der BI musste das Umgebungsüberwachungssystem der BLG nachgebessert werden. Ende 1995 wurde genehmigt, das zulässige Radioaktivitätsinventar des Lagers um das 1000-Fache zu erhöhen. Hintergrund ist die Absicht, bitumierete radioaktive Abfälle aus der französischen WAA Cap de La Hague und mittelaktive Komponenten in Gorleben einzulagern.

### CASTOR-Halle

Die oberirdische Castor-Halle bietet Platz für 420 Behälter. Elfeinhalb Jahre konnte die Einlagerung von hochradioaktiven, abgebrannten Brennelementen verhindert werden. Am 25. April 1995 wurde der erste Castor (Cask for the storage of radioactive material) von 16.000 Polizisten gegen den Widerstand weiter Bevölkerungskreise nach Gorleben transportiert. Seit Ende Mai 1995 darf auch hochaktiver, verglaster Müll aus der Wiederaufarbeitung (in Form von Kokillen) eingelagert werden. Außerdem wurde die Kapazität von 1.500 t Müll auf 3.800 t erhöht, und das alles auf der gleichen Grundfläche. Ein erster Kokillentransport folgte am 8. Mai 1996. Diesmal traten 18.000 Beamte an, um den Transport durchzusetzen. Vorläufiger Höhepunkt war die Anlieferung eines „Sixpack“ (sechs Behälter zu einem Transportvorgang gebündelt) Anfang März 1997. Die Kosten für den Polizeieinsatz – 30.000 Beamte waren unterwegs – summierten sich auf 111 Mio. DM. Danach scheiterte ein weiterer Versuch über den Bahnhof Arendsee (Sachsen-Anhalt) am anhaltenden Widerstand. Dieser Umweg musste gewählt werden, weil eine Bahnbrücke bei Seerau/ Hitzacker sich

# Filmen verboten!

**„Eine Bürgerinitiative“ klagte erfolgreich gegen Filmaufnahmen durch die Polizei. So stand es in vielen überregionalen Zeitungen: das waren wir!**

Das Berliner Verwaltungsgericht (VG) entschied, dass das Filmen der Großdemonstration am 5. September 2009 durch Einsatzkräfte der Polizei rechtswidrig war. Die Richter monierten, es müsse heutzutage von einem „modernen“ Eingriffsbegriff ausgegangen werden, die Kameraüberwachung einer friedlichen Demonstration verstoße gegen das Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung.

Rund 50.000 Menschen demonstrierten am 5. September 2009 in Berlin gegen die Atomkraft und für den Abbruch des Endlagerprojekts in Gorleben, angeführt wurde die Demo von Treckern der Bäuerlichen Notgemeinschaft – diese eindrucksvolle Anti-Atom-Manifestation vor dem Brandenburger Tor rundete den einwöchigen Treck von Gorleben nach Berlin ab. „Es herrschte eine ausgelassene und kämpferische Stimmung, wir waren begeistert über das Wiedererstarken der Anti-Atom-Bewegung und wir hatten es geschafft, dass über Gorleben nicht nur während der Castor-Transporte berichtet wurde“, erinnert unsere BI-Vorsitzende Kerstin Rudek.

Während des Aufzuges vom Hauptbahnhof zu Brandenburger Tor fuhr ein Kleintransporter wenige Meter vor der Spitze des Demo-Zuges her, Einsatzkräfte der Polizei filmten permanent den Aufzug mit mehreren auf dem Dach des Transporters montierten Kameras: „Filmen verboten!“, forderten einzelne Demo-Teilnehmer an der Spitze des Zuges. Die Polizei ließ sich jedoch nicht beeindrucken – die BI und Prof. Clemens Arzt von der Humanistischen Union gingen vor Gericht.

Mit Erfolg: das Verwaltungsgericht Berlin entschied, dass die Überwachung der Demo am 5. September mittels Bildaufnahmegeräte (Video- bzw. Filmkameras) rechtswidrig war. Die Argumentation der Polizei, die Filmaufnahmen nach dem „Kamera-Monitor-Prinzip“ dienen allein der Verkehrslenkung und der Leitung des Polizei-

einsatzes, ließen die Verwaltungsrichter nicht gelten. Auf neun Seiten führen sie jetzt aus, dass sie in der Dauerbeobachtung der Versammlung einen Eingriff in die Versammlungsfreiheit sehen. Eine Einschüchterung der Demonstranten sei, selbst wenn das nicht gewollt sei, nicht auszuschließen: „Denn wenn der einzelne Teilnehmer der Versammlung damit rechnen muss, dass seine Anwe-



senheit oder sein Verhalten bei einer Veranstaltung durch Behörden registriert wird, könnte ihn dies von einer Teilnahme abschrecken oder ihn zu ungewollten Verhaltensweisen zwingen, um den beobachtenden Polizeibeamten möglicherweise gerecht zu werden“, schreiben die Richter der Polizei ins Merkbuch.

Die BI wird konsequenter Weise die jährliche Demo „Freiheit statt Angst - Stoppt den Überwachungswahn!“ in Berlin am 11. September unterstützen. Die nächsten Großereignisse, ein weitere Berlin-Demo gegen Atomkraft am 18. September und der Protest gegen die Castor-Transporte im Herbst, und damit der Streit um die Überwachungsmanie stehen an: „Wir wollen, dass Tausende ohne Einschüchterung durch die Polizei sich an unseren Protesten beteiligen können!“

Eine Revision ist wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Urteils zugelassen (Aktenzeichen VG IK 905.09)

Wolfgang Ehmke

## Was wird aus Gorleben?

### Eine Salzzeitreise

Im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Gorleben wird immer deutlicher, dass Gorleben aus Sicht der Bonner Regierungen 1983 sein musste, weil die weitere Nutzung der Atomkraft an einen Entsorgungsnachweis gekoppelt war. Ohne „Fortschritte“ bei der Endlagersuche hätte die politische Klasse doof da gestanden. Daraus folgt – ganz gleich, wer gerade das Sagen hatte – die Angst vor Protesten im Lande größer war als verantwortliches Handeln, man klammerte sich an das, was man hatte: Gorleben. Nur dass der Salzstock alles andere als geeignet für die Einlagerung hochradioaktiver Abfälle war, so viel war schon klar.

Das Hauptargument der sparwilligen schwarz-gelben Koalition in Berlin ist nun das liebe Geld, das in Gorleben schon versenkt wurde. 1,5 Milliarden Euro. Das Sommerloch muss genutzt werden, um das Loch im Salzstock zu stopfen, mit positiven Vorschlägen, findet Kristina Starck. Alternativen müssten her, die auch „unseren“ Politiker/innen in Berlin einleuchten. Die aufmerksame Leserin der „Rheinfalz am Sonntag“ vom 11. Juli 2010 schreibt uns:

„Ein Blick nach Berchtesgaden zeigt Ideen auf. Im wahren Sinne unterirdisch essen können Urlauber im dortigen Salzbergwerk. Dort wird Feinschmeckern ein Abendessen

unter Tage serviert. Für die besondere Atmosphäre sorgt die „Anfahrt mit der Grubenbahn durch das Stollensystem. Außerdem wird die „Salzkathedrale“ sanft beleuchtet, es gibt romantische Livemusik und eine Schausprengung. Vom 9. Juli bis zum 17. Dezember stehen zehn Termine zur Auswahl ([www.salzzeitreise.de](http://www.salzzeitreise.de)).“ (Die Rheinpalz am Sonntag)

Da kommen doch Ideen für Gorleben auf. Prunkvoll elegant, üppig pompös wird getafelt. In schöner Fortsetzung spätrömischer Gelage, hier ist Platz für die Immergestrigen in der CDU/CSU, die Anhänger spätrömischer Dekadenz von der FDP, sie finden in den Salzkavernen genügend Raum, ihre Fantasien auszuleben. Statt teurer Konferenzräume für Krisentreffen, statt G 8 und G 20 in Luxushotels lässt sich in den Kavernen solange geschützt debattieren, wie kein Wasser einbricht. Statt heißer Sommerfeste in der Gluthitze kann der Bundespräsident zurück in „sein“ Lager in Niedersachsen, der gut temperierte Salzstock Gorleben als Außenstelle des Schlosses Bellevue! Sollte der Fahrstuhl versagen, verfällt Angela Merkel unter Tage wie Barbarossa im Kyffhäuser in ihren Dornröschenschlaf und träumt den Traum eines absolut sicheren Atomstaats.“

Kristina Starck

# Zweifel an der Zuverlässigkeit der Gesellschaft für Nuklearservice

## Die Bundesanstalt für Materialforschung und –prüfung (BAM) geht mit der Gesellschaft für Nuklear-Service mbH (GNS) hart ins Gericht.

Der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg liegen inzwischen auch entsprechende Schreiben vom 25.02.2010 und 01.04.2010 vor, in denen der GNS seitens der BAM unterstellt wird, notwendige Nachweise bei sicherheitsrelevanten Schweißverfahren nicht liefern zu können. Die Frankfurter Rundschau geht heute in einem Bericht auf diesen Streitfall ein.

Der Hintergrund: Für die Fertigung neuer CASTORV/19 ist eine neue Zulassung nach IAEA 96 erforderlich. Dafür ist der Sicherheitsnachweis des gesamten Behälters zu prüfen.

Die BAM hat nun begründete Zweifel, ob die GNS eine hinreichende Qualitätssicherung bei der Herstellung der Tragkörbe sicherstellen kann. Die Vorhaltungen kumulieren in dem Satz: "Die von Ihnen dargelegte Beschreibung des Sachverhalts bestätigt unsere Auffassung, dass (die) GNS nicht in der Lage ist, den Prozess der "zulassungsvorlaufenden Fertigung" sicher zu beherrschen". Das heißt, die GNS fertigt neue Behälter vom Typ CASTORV/19, obwohl für die Eignung des Schweißverfahrens bzgl. dynamischer Belastungen der Schweißnähte von Tragkörben im Innern der Behäl-

ter keine Nachweise vorgelegt wurden. Die BAM geht in dem Briefwechsel noch weiter, die Behörde will "nun ein vorsätzliches Umgehen von Schritten zu einer qualitätsgesicherten Fertigung durch die GNS erkennen".

Das ist starker Tobak. Denn die Tragkörbe dienen der Fixierung und dem Schutz vor Schädigung der Brennelemente im Falle mechanischer Belastungen, z.B. bei Aufprall und Erschütterung. Bereits im Mai 2008 hatte die BAM gegenüber der GNS kritisiert, dass für die Sicherheitsnachweise beim Castor HAW 20/28M "frei gewählte Parameter in Rechenmodelle eingefügt" eingefügt worden waren.

Angesichts der bevorstehenden Castor-Transporte nach Ahaus, Greifswald und Gorleben fordert die BI den Stopp dieser Transporte und den Widerruf der Transportgenehmigungen seitens des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS). Die monierten sicherheitsrelevanten Einwände müssten nun von unabhängigen Gutachtern geprüft werden. Der GNS muss angesichts dieses hanebüchernen Umgangs mit Sicherheitsnachweisen beim Umgang mit hochradioaktiven Abfällen die Lizenz entzogen werden.

Die Dokumente der BAM finden Sie auf unserer Homepage [www.bi-luechow-dannenberg.de](http://www.bi-luechow-dannenberg.de)

## Festival: Gorleben soll leben!

### Brückenschlag zwischen Protestbewegung und Kultur

Langsam scheint es Tradition zu werden. Denn "Gorleben soll leben" heißt und klingt es auch in diesem Jahr wieder, wenn interessante Bands aus dem Fusion-Spektrum in musikalischer Sprache ihre Solidarität mit dem Gorleben-Widerstand zum Ausdruck bringen. Zusammen mit "Embryo"-Mastermind und Weltmusikpreisträger Christian Burchard, wird das ungewöhnliche Festival wieder von Atomkraftgegnern organisiert.

Aus Sicht von Christian Burchard ist das Festival nahe Dannenberg ein wichtiger Brückenschlag zwischen Protestbewegung und Kultur. Er bedankt sich "für die Mithilfe der freien unabhängigen Musikszene ein Forum zu geben". "Und die Musiker der verschiedenen Bands verbreiten Hintergründe und Informationen zum Gorleben-Widerstand bei ihren Reisen und Auftritten weiter", so Organisator Francis Althoff

Free Flow steht für das Verlangen und die Offenheit nebeneinander Existierendes gleichberechtigt zu verbinden, ist der kreative Quell, um sich auf die Abenteuer unbekannter Klangreisen zu begeben. Musik ist so wohl der erste und früheste positive Ausdruck einer Globalisierung. Denn dank Weltenbummlern und Einwanderern, die andernorts unbekannt Traditionen, Klänge und neue Ideen im Gepäck hatten, konnte sich an neuen Orten erst Neues entwickeln. Auch durch die familiäre Atmosphäre der letztjährigen Festivals motiviert, laden Veranstalter und Bands zu einer neuerlichen ungewöhnlichen Klangreise ein.

Wie gewohnt tummeln sich auch wieder Festivallegenden der 70er Jahre in Mützingen. Lothar Stahl, der mit der ehemaligen Politrock-Band "Checkpoint Charly" das Bürgertum erschreckte, bietet mit seiner Formation "Stahlband" eine Reise durch Weltmusik und JazzRock. ArtZen Wehmeyer, Mitgründer der legendären "Missus Beastly", will mit seinem neuen Projekt mit dem provo-

kativen Namen "Kill the Poor" teilnehmen. Locko Richter und Jürgen Benz, von den genialen 70er JazzRock-Bands "Aera", "Munju", "Missus Beastly", werden mit dem Auftritt ihrer Gruppe nicht nur alte Zeiten aufleben lassen. Und natürlich laden Christian Burchard und "Embryo", die seit 41 Jahren auf weltweiter Tournee, und "wie Gorleben überall" sind, wieder zu einer multikulturellen Reise auf ihrem musikalischen fliegenden Teppich ein. "Keine Macht für Niemand" könnte das Motto des Sonntagabends werden, wenn die "Ton Steine Scherben Family" das Ende des Festivals einläutet.

*Konakol zum Castortransport?*

Die weiteste Anreise haben diesmal "Kerlox" aus Süditalien. Hochtalentiert und spielfreudig klingen sie mal wie eine angesagte Ska-Band, dann stimmen sie gekonnt mit orientalischem Instrumentarium eine seltene aber ins Ohr gehende kurdische Melodie an, um dann mit den seit Jahrhunderten nur in der Basilicata benutzten sog. Brummtöpfen einzigartige Klangbilder zu schaffen. Percussionist Christian Schmidhofer, Mitglied des "Karnataka Collage of Percussion" in Bangalore, bietet mit seiner Formation "Karnatic Galaxies" Weltmusik vom Feinsten. "Beelzebub Airlines" aus Oldenburg, mit original Hüttendorf 1004-Schlagzeuger haben schon solidarisch vor der Einfahrt zum Gorlebener Zwischenlager gespielt und beschreiben sich als norddeutsche Monopolisten für angejazzten Hippiemusik-Prog-Psychedelic-High-Energy-Noise. Die jazzigen "Way Out" aus dem Wendland spielen ein unkonventionelles "Improvisations Sounds Tribute to Keith Jarrett's 65 Birthday". "Der Berg Groovt" aus Frankfurt laden zu einer entspannten, psychedelisch groovigen Klettertour mit guter Aussicht ein. Das Kasseler Improvisationskollektiv "Strom" bietet, untermalt von erstaunlichen Instrumenten und Gesängen, einen Abenteuer-Trip fürs Ohr. "Omray" wollen mit

für die tonnenschwere Last der Behälter als nicht mehr tragfähig erwies. – Im März 2001 wurden die Transporte wieder aufgenommen, jetzt übernahm Rot-Grün das Kommando. Im November folgte im Schatten des 11. September ein weiterer Transport. Die Kosten für die Bewachung sind immer noch ein Ärgernis, so dass seit November 2002 immer 12 Behälter angeliefert werden. Auf 420 Stellplätzen verlieren sich noch die 91 Castoren. Aber jeder Behälter, der in der zugigen Halle steht, zementiert Gorleben als Endlagerstandort.

### Pilotkonditionierungsanlage (PKA)

In der PKA soll getestet werden, wie hochaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann. Da ein Endlager in Gorleben jedoch fraglich ist und eine entsprechende Konditionierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig Sinn macht, soll die 800 Mio. DM teure Investitionsruine einem anderen Zweck zugeführt werden: als heiße Reparaturzelle für kaputte Castoren. Die 3. Teilgenehmigung für die umfunktionierte PKA ist Anfang Dezember 2000 erfolgt. Damit verzögerte sich deren Inbetriebnahme bereits um 5 Jahre. Für den Widerstand war das grüne Licht für die PKA jedoch der Elchtest für den Ausstiegswillen von Rot-Grün: Der heiße Betrieb wurde jedoch noch nicht aufgenommen.

### Endlagerbergwerk

Die Eignung des Gorlebener Salzstocks, der ab dem Jahr 2030 als Endlager für alle Arten von Atommüll dienen soll, wird seit Jahren von namhaften Geologen bestritten: 1987 kracht ein Schacht beinahe in sich zusammen, permanente Wasser einbrüche beim Abteufen begleiten den Ausbau des Endlagers, der getarnt als „Erkundungsbergwerk“ bisher nach Bergrecht und unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorangetrieben wurde. Lediglich der in seinen Salzrechten tangierte Atomkraftgegner Andreas Graf von Bernstorff konnte von seinem Klagerecht Gebrauch machen. Inzwischen ist mit der Salinas Salz GmbH ein wirtschaftlich ernstzunehmender Gegenspieler für die Endlagerbauer auf dem Plan.

Schwarz-Rot wollte offenbar keinen Abbruch des Projekts: Das Moratorium auf der Baustelle, das seit Oktober 2000 zur Unterbrechung der Bauarbeiten führte, wurde schon unter Rot-Grün nicht mit den planerischen Mängeln und den katastrophalen geologischen Befunden begründet. So ist zu befürchten, dass jetzt nach den Wahlen die Gorleben-Karte bei einer weiteren Endlagersuche wieder ge-zückt wird.

experimentellem Rock und JazzRock das Hier und Jetzt aufnehmen und einen Klang geben. Neben weiteren Bands hat sich Max Weissenfeldt von den "poets of rhythm" mit eigenem Groove-Projekt angekündigt.

Speziell und auch wie im letzten Jahr: Wer eigene unverstärkte Instrumente mitbringt, kann zwischendurch als besonderes Erlebnis in Contact-Jams mit den Bands mitspielen. Der gewohnt familiäre Charakter des Festivals wird diesmal zusätzlich durch Mitmach-Workshops gestärkt, die u.a. von "Embryo", "Stahlband" und "Kerlox" angeboten werden. Für Christian Schmidhofer's Einführung in die

indische Konakol-Trommelsprache sind dafür nicht einmal mitgebrachte Instrumente erforderlich. Ein neues Kommunikationsmittel zum Castortransport im November?

Einlass ist Freitag 20 August ab 15 Uhr, Beginn 18 Uhr. Wer will, kann am Waldrand sein Zelt aufschlagen. Eintritt für 3 Tage 30,-, Tagesticket 15,-, Campen 3,-, Wasser 1,-, Bier 2,-. Wer schon früher beim Aufbau, oder während des Festivals mithelfen möchte kann über die Mailadresse francis.althoff@bi-luechow-dannenberg.de Kontakt aufnehmen. Weitere Infos auf [www.castor.de](http://www.castor.de) und [www.embryo.de](http://www.embryo.de)  
Francis Althoff

### 3. Wendland Free Flow

#### Open Air-Festival

20. bis 22. August 2010,

Alte Ziegelei, Mützingen

Bei Dannenberg/Wendland

TON STEINE SCHERBEN Family + Embryo + Kerlox + Karnatic Galaxies + Stahlband + Beelzebub Airlines + Way Out + Der Berg groovt + Kill the Poor + Max Weissenfeldt + Strom + Omray + Locko Richter und Jürgen Benz Projekt + Open Space Contact Jams + Workshops



### Vorsicht Spitzel

Der nächste Castor-Transport nach Gorleben im Herbst wirft seine Schatten voraus. Die Kripo forscht offensichtlich die Anti-Atom-Szene im Wendland aus und sucht dafür informelle Mitarbeiter. Ein Fall wurde jetzt bekannt, weil die angesprochene Person sich dem Ermittlungsausschuss Gorleben (EA) anvertraute. Möglicherweise ist das nur die Spitze des Eisbergs: Der EA und die BI verurteilen in einer Erklärung die Anwerbungsversuche und appellieren an mögliche weitere Angesprochene, sich an den EA zu wenden.

Am 16. Juni 2010 wird eine Aktivistin aus dem Gorleben-Widerstand auf ihrem privaten Handy von einer ihr unbekannt Person angerufen. Der Anrufer stellte sich als Herr M. von der Polizei vor. Er wolle sich mit der Aktivistin über den nächsten Castor unterhalten, sagt er und erwähnt dabei einige Informationen, die aus polizeilichen Ermittlungen und Video-Aufnahmen von Demonstrationen stammen.

Überrumpelt und auch eingeschüchtert von dem Anruf eines scheinbar allumfassend informierten Apparates stimmt die Aktivistin einem Treffen zu, um für sich selbst in Erfahrung zu bringen, woher die Informationen über sie stammen und was die Polizei von ihr wolle.

Bei einem Treffen einen Tag später weist sich der Anrufer als Kriminalhauptkommissar Karl M. durch einen mutmaßlich vom Bundeskriminalamt ausgestellten Dienstaussweis aus. Er erscheint in Begleitung einer weiteren Mitarbeiterin dieser oder einer anderen Behörde. Herr M. verhält sich während des ca. 45-minütigen Gesprächs freundlich, zeigt sich über die Lebenssituation der Angesprochenen gut informiert, aber behält die Quellen seiner Informationen stets für sich.

Er bezeichnet es als sein Anliegen, in Bezug auf den für November geplanten Castor-Transport ins Wendland „gewalttätige Ausschreitungen“ bereits „im Vorfeld unterbinden“ zu können. Die Aktivistin sei als mögliche Informantin ausgewählt worden, weil sie gemäß polizeilichem Profil zwar eine „militante Demonstrantin“ sei, persönlich „aber nicht zu Gewalttaten“ neige. Was er genau damit meint, sagt er nicht.

Konkret fragt Karl M. die Frau nach Kenntnissen über die Beteiligung antifaschistischer Gruppen aus Hamburg und Berlin sowie über „studentische Gruppen in Lüneburg“. Hauptaugenmerk seiner vielen Nachfragen sind jedoch lokale Initiativgruppen, die BI sowie die Bäuerliche Notgemeinschaft. Herr M. erwähnt Bildaufnahmen aus den letzten Jahren, welche

die Aktivistin im Zusammenhang mit einigen dieser Gruppierungen zeige. Ganz besonders sind Herr M. und seine unbekannt Begleiterin am angeblichen „Gewaltpotenzial“ der Bäuerlichen Notgemeinschaft interessiert. Hier fragen sie nach Namen, wollen sie konkretes zu Aktionen mit Treckern wissen.

Herr M. argumentiert, sie würde bei „Informationen“ schließlich „keinen Verrat begehen“, sondern „positiv einwirken“ helfen. Schließlich bietet er eine spezielle Handynummer für die Aktivistin an und stellt eine bestimmte Summe für jede „Information“ in Aussicht.

„Als die zunehmend empörte Aktivistin im Gespräch einen klaren Vergleich zu Spitzeldiensten für Geheimdienste wie der Stasi zieht, zeigen sich Risse in der freundlichen Fassade der Schnüffler“, gibt die Angesprochene dem EA gegenüber zu Protokoll. Das Gespräch wird daraufhin beendet. Die Behörde und Herr M. versuchten noch mehr als eine Woche lang durch mehrere Telefonversuche täglich, die Aktivistin umzustimmen und für ein weiteres Treffen zu gewinnen. Erst nach einer weiteren klaren Absage durch die Aktivistin hörten die telefonischen Belästigungen durch Karl M. gegen Ende Juni auf.

Der EA bietet Betroffenen eine telefonische Beratung mittwochs unter 05841-97 94 30 an.

## 30 Jahre und immer noch weise

Als ich vor 30 Jahren frischverliebt und mit nichts als einem Schlafsack unter dem Arm mit viel zu vielen anderen auf die enge Rückbank eines Kleinwagens kletterte, wusste ich noch nicht, in was für eine Region wir fahren würden.

Dafür wusste ich fast alles über die unsäglichen Pläne der Atomindustrie und auch, wie viel Sonne täglich ungenutzt auf unsere Hausdächer brannte, wie viel Wind über die Norddeutsche Tiefebene strich und wie viel Wasser Nord-

deutschlands schönsten Strom, die Elbe, hinunter floss. Das alles hatte ich nämlich in unzähligen Flugblättern und Broschüren nachlesen können, die bisweilen bis zur Unleserlichkeit herum gereicht wurden und auslagen.

Die lange Fahrt durch verschlafene Dörfer erschien mir, wie eine Reise in eine verloren geglaubte Vergangenheit. Eine solche Idylle konnte ich als Städter noch nicht einmal von Sonntagsausflügen, sondern nur von Urlaubsreisen. Wir kamen schon fast im Dunkeln an einem Waldrand an und der besetzte Platz war noch lange nicht in Sicht. Mir wurde klar, dass ich mir vorher überhaupt gar keine Vorstellungen gemacht hatte, wohin wir eigentlich fuhren. Nach langem Fußmarsch durch staubiges Gelände kamen die ersten Fahnen und Bauten in Sicht. Während unser Fahrer erwartet wurde und gleich in einer notdürftigen Behausung verschwand, gab es für uns zuerst keine besondere Begrüßung. Das Handy, mit dem man hätte Verabredungen treffen können, war noch nicht erfunden und wir kannten ohnehin Niemanden auf dem Platz.

Infolge der verschiedenen unausweichlichen menschlichen Bedürfnisse entdeckten wir schnell die ausgeklügelten Infrastrukturen auf dem Gelände. Die „Volxküche“ beispielweise, wenn es sie nicht ohnehin schon lange gab, dürfte hier erneut erfunden worden sein. Überall gab es Gelegenheit, mit anzufassen und Kontakte waren schnell geknüpft. Nach einem einfachen aber leckeren Essen (vielleicht waren es nur Kartoffeln...) fand sich ein Schlafplatz in einer kleinen gemütlichen Hütte mit allerliebsten Knüppelholz-Einbauten.

Die Siebziger waren gerade vorbei, in denen unter dem Eindruck der Ölkrise erstmalig Gedanken von den Grenzen des Wachstums aufkamen. Die Zukunftsängste in einem der reichsten Länder der Erde hatte die Industrie geschickt aufzugreifen gewusst und unendliche Energie aus dem Atom versprochen. Dass es sich eigentlich um eine Militärtechnologie handelt, bei der man noch heute behaupten könnte, dass es sich bei der Energieausbeute um einen Nebeneffekt der Herstellung waffenfähigen Materials handelt, war von Anfang an verschlei-ert worden.

Ein Jahrzehnt erschienen nun schon Illustrierte in grellbunten Farben, in der Hobbythek lackierte man alte Holzmöbel mit Nitrolack über und Gartenstühle erstrahlten in cadmiumrotem Plastik. In unserem Wohngebiet vergiftete man samstäglich nach dem Rasenmähen den Löwenzahn im Spielrasen der Kinder mit Giftsticks an langen Kunststoffstäben. Die Stäbe, damit man sich nicht mehr bücken musste. Die Chemieindustrie hatte Hochkonjunktur und sie brauchte Energie.

Für alle Verrichtungen, bei denen man sich bewegen hätte müssen, waren Geräte mit Elektromotor entwickelt worden. Nach dem elektrischen Rasierapparat kam die elektrische Zahnbürste, es gab Eier- und Gurkenschnneider, Hawaiitoastgeräte und Fonduekocher, Rasenmäher und Heckenschere wurden selbst für die kleinsten Gärten mit Kabeln ausgestattet. Meine Generation hatte bisweilen als einziges Thema, wie viel Watt die Stereoanlage aufbrachte und findige Bastler konstruierten die ersten Fernbedienungen mit Stand-by-Funktion aus dem Elektrobaukasten.

Obwohl ich erst nur für's Wochenende in das Hüttendorf reisen wollte, wurde es dann doch länger. Ich hätte in die Schule gemusst und es standen wichtige Abiturklausuren an. Es erschien mir jedoch nicht sinnvoll, im Leistungskurs Biotope zu kartieren, Formeln und Vokabeln zu pauken und mich mit Pädagogik und Sozialkunde zu beschäftigen, während gleichzeitig die Welt, in der ich dies alles einmal hätte anwenden wollen, drohte, unbewohnbar zu werden. Ein ungu-tes Gefühl verblieb mir trotzdem. Ich hatte mich zu entscheiden: Auf welcher Seite stehst du, hey? Ich entschied mich für das Leben.

Ein Jahr war erst vergangen, seit ich mit 100.000 Menschen in den Strassen Hannovers um die wendländischen Trecker getanz- hatte. Jetzt wollten wir tanzen, mehr als „sieben Tage lang“.

Es war auch erst ein Jahr her, dass man einen Lüchower mit 10 Jahren Haft bedroht hatte, weil er bei den Demonstrationen gegen das Atomkraftwerk Grohnde unter anderem einen Polizisten in den Stiefel gebissen haben sollte. Bei den Demonstrationen gegen diese ungeheuerliche Anklage und die folgende Besetzung der Hamburger Petrikirche wurde ich Augenzeuge des polizeilichen Vorgehens. Vor meinen Augen trampelten Polizeibeamte eine alte Frau mit Gehhilfen nieder, wir halfen der Dame wieder auf. Am nächsten Tag lasen wir in der Zeitung, Demonstranten hätten eine Passantin niedergeschlagen. Dies Geschehen war exemplarisch für die öffentliche Berichterstattung dieser Tage.

Noch mehr Angst, als davor, in Polizeistiefel beißen zu müssen, hatten wir davor, in's Gras beißen zu müssen. Nicht, dass wir nur glaubten, Atomkraft würde im Havariefalle schlagartig unsere ganze Umwelt vernichten, aber wir wussten bereits um die schleichende Vergiftung unserer Lebensgrundlagen. Die Leukämiefälle in der Elbmarsch, die Kinderkrebsstudie an deutschen Atomkraftwerksstandorten, die Ver-seuchung der Meere an europäischen Wiederaufarbeitungsanlagen, die beispiellose Kontamination indigener Völker in der Uranabbaugebieten, der Einsturz von Morsleben, der Wassereinbruch in der Asse... die nächsten Jahrzehnte sollten uns –leider- Recht geben. Als ich wenige Jahre später meine zweite Tochter auf den Armen hielt, ging der Regen von Tschernobyl nieder. Die Milch unserer Tiere konnten wir ihr nicht mehr geben.

Uns war auch klar, dass der Atomstaat immer auch der Polizeistaat sein würde. Solange diese menschenverachtende Technologie des kalten Krieges gegen die Bevölkerung durchgeknüpelt werden musste, konnten eine offene Demokratie und Bürgergesellschaft nicht gedeihen. Dem setzten wir ein Zusammenleben entgegen, in dem Menschen sich solidarisch verhielten. Der Diskurs war dennoch bisweilen anstrengend, aber immer fruchtbar und lehrreich.

Schon zu Beginn der Besetzung hatte „das Volk“ seinen Beschluss zur „Grundabtretung“ der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen im Interesse des Gemeinwohls an die freie Republik Wendland bekannt gemacht. In der Begründung hieß

es: „durch die bergmännische Erschließung besteht die Gefahr, dass der Salzstock Gorleben als Endlager für radioaktive Abfälle genutzt wird, obwohl er dafür nach internationalen Kriterien nicht geeignet ist. Da andere Salzstöcke nicht untersucht werden, besteht der begründete Verdacht, dass der gläubigen Bevölkerung ... nur eine Prüfung des Salzstocks vorgespielt wird. Dies bestätigen auch die nicht eingehaltenen Versprechungen von Politikern, deren Kriterienkatalog bis heute nicht existiert... Die Errichtung eines End- und Zwischenlagers verstärken den Ausbau der Atomenergie. Damit steigt sowohl die direkte Gefährdung durch Atomkraftwerke, als auch durch ständig neu produzierten Atom-müll. Auf lange Sicht können nur erneuerbare Energien und intelligenter Umgang mit Energie die Zukunft sichern. Die notwendige Umstellung darauf wird durch den weiteren Ausbau der Atomenergie jedoch behindert und verzögert.“

Dem ist auch nach 30 Jahren nichts hinzu zu fügen.

Als die Räumung bevor stand, befand ich mich wieder in Hamburg. Tief in der Nacht quetschte ich mich in den Wagen eines Rechtsanwaltes und fuhr „in den Landkreis“. Als deutlich wurde, dass es noch dauern würde, kündigte unser Fahrer an, für einen Termin zurück zu fahren und später wieder zu kehren. Ich hatte eine Mathematik-klausur, deren Versäumnis mich endgültig mein Abitur kosten würde. Hin und her gerissen entschied ich, den Versuch zu machen, beides zu vereinen.

Ich traf viel zu spät bei der Prüfung ein. Der Lehrer, der mir sonst durchaus nicht wohlgesonnen war, fragte: „Kommen Sie aus Gorleben?“ Als ich bejahte, stellte er mich von der Klausur frei und schickte mich in den Aufenthaltsraum, um allen anderen später Bericht erstatten zu können. Die Räumung war in vollem Gange. Der Reporter wurde am eingeschalteten Mikrofon verprügelt. Später protestierten etliche Journalistenverbände gegen die massive Behinderung ihrer Arbeit, es gab auch Strafanträge gegen die Polizei.

Ich war geschockt. Ich fühlte mich als Verräter. Ich hatte meine Ideale im Stich gelassen.

Noch mehr aber fühlte ich mich verraten. Über ein Jahrzehnt hatte man mich denken und diskutieren gelehrt, mir Informationen zugänglich und verständlich gemacht, mich mit Geschichte, Ethik und Politik konfrontiert, aber was unter anderem dabei herauskam, war nicht erwünscht. Es wurde mit Stiefeln zertreten, beiseite geknuppelt und mit Bulldozern weggeschoben.

Ich schrieb meine Mathematik-klausur nie mehr nach. Ich machte mich auf die Suche. Ich suchte die Menschen der freien Republik Wendland.

Viele von denen, die ich fand, lernte ich erst jetzt kennen. Letztens waren es 120.000. Sie sind noch heute so weise, wie vor 30 Jahren. Alles wofür und wogegen sie vor 30 Jahren eintraten gilt- bedauerlicher Weise- noch heute.

Der Salzstock Gorleben wurde allein aus politischen Erwägungen alternativlos „ausgewählt“

und womöglich von lokalen Politikern ohne jeden Sachverstand „angedient“. Kriterien für eine Endlagersuche wurden erst gar nicht aufgestellt, sondern erst im nachhinein den vorgefundenen Erkenntnissen sukzessive angepasst. Der Ausbau zu einem Endlager wurde einfach zur „Erkundung“ umdeklariert, so wie die illegale Einlagerung in der Asse einfach zur „Forschung“ erklärt wurde. Negative Erkenntnisse (z.B. aus der Asse) wurden einfach ausgeblendet, Gutachten manipuliert, kritische Gutachter ausgeschaltet. Konzepte, die zur Verbesserung von Sicherheit beitragen könnten, aber Geld kosten würden, werden durch gezielte Vorhaben aus Steuermitteln „weggeforscht“. Internationale Erkenntnisse über Lagermedien und Risiken werden totgeschwiegen und ignoriert, um Bundesländer nicht zu verschrecken und politische

Mehrheiten nicht zu gefährden. Lokale Gremien wurden mit zweifelhaften Verträgen zum „Wohlverhalten“ verpflichtet und finanziell abhängig gemacht. Transportgenehmigungen in die Blechhalle in Gorleben werden nur für den Hinweg erteilt.

Warum das alles? Weil es für den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken mindestens der Illusion eines „Entsorgungsnachweises“ bedarf und die satten Einnahmen aus abgeschriebenen Meilern eine munter plätschernde Geldquelle darstellen, die wenigstens einen kleinen Teil der vollmundig gemachten Wahlversprechen in Aussicht stellen.

Die „Republik Freies Wendland“ hat das alles schon vor 30 Jahren gewusst. Hätte man sie seinerzeit ernst genommen, anstatt sie in den Staub zu treten, wären wir heute in Bezug auf

Klimaschutz und regenerative Energien ein Vorzeigeland auf der Erde. Durch eine Dezentralisierung der Energieversorgung wären wir auch noch reich dazu.

Die Republik Freies Wendland war der Traum von einer besseren Republik. Bis heute ist sie eine Illusion geblieben.

Jeden Sonntag, an den Gorlebenkreuzen und bei Sonntagsspaziergängen, lebt sie jedoch wieder auf, die Lebensrepublik. Und im November, wenn wieder der Tod ins Wendland gefahren wird, versammelt sich das Volk auf der Straße und tanzt „sieben Tage lang“. Jeder freie Wende dieser Welt ist herzlich eingeladen, mitzutanzten. Und mit jedem Menschen stehen unsichtbar 40.000 Generationen auf der Straße und fordern ihr Recht.

Martin Donat

## Gorleben - der Schwindel fliegt auf

**1983 lagen die Ergebnisse der Tiefbohrungen vor, der Salzstock Gorleben hatte nachweislich Wasserkontakt, das Ergebnis der Erkundung war so desaströs, dass die federführende Behörde, die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) vorschlug, auch andere Standorte neben Gorleben zu untersuchen.**

Doch daraus wurde nichts. Zur entscheidenden Sitzung, auf der dieser Vorschlag abgestimmt werden sollte, am 11. Mai 1983, erschienen plötzlich Vertreter des Bundeskanzleramts, des Innenressorts und des Wissenschaftsressorts. Sie ließen keinen Zweifel: die Forderung der PTB musste gestrichen werden. Die Dokumente, die den politischen Einfluss auf die PTB belegen und belegen, dass Gorleben ohne wissenschaftliches Auswahlverfahren als Endlagerstandort bestimmt wurde, haben wir auf unserer Homepage "Geheimakte Gorleben" versammelt ([www.biluechow-dannenberg.de](http://www.biluechow-dannenberg.de)). Inzwischen befasst sich ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss mit dem Skandal.

Zur Befragung von Prof. Duphorn, Dr. August Hanning und Wolf von Osten machten wir uns zur letzten Sitzung des PUA Gorleben auf den Weg nach Berlin. Es war höchst lehrreich zu erfahren, nach welchen Regeln ein PUA abläuft, wie die Frageminuten nach Fraktionsstärke bemessen werden und wie die Vorsitzende, die CDU – Politikerin Flachsbarth ihr Recht, zu Beginn einer Sitzung zeitlich unbegrenzt Fragen zu stellen, ausreizte. Noch lehrreicher war, wie aus den Zeugenaussagen Satzbrocken herausgefiltert werden, um eine genehme Pressemitteilung zu basteln. Wir dokumentieren die Beiträge der Obfrauen der parlamentarischen Opposition: Dorothee Menzner (Linke), Ute Voigt (SPD) und Sylvia Kotting-Uhl (Grüne).

Wir fragen uns allerdings, auf welcher Veranstaltung der CDU-Obmann Reinhard Grindel am 8. Juli war. Wir stellen seiner Meldung unseren Kommentar entgegen.

Grindel: Gorleben-Kritiker greift SPD an

Berlin (ots) - Zum Ergebnis der heutigen Zeugenvernehmung im Gorleben-Untersuchungsausschuss erklärt der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Reinhard Grindel MdB: *Wir haben heute eine bemerkenswerte Wende im Untersuchungsausschuss erlebt. Der von der Opposition benannte Gorleben-Kritiker Prof. Klaus Duphorn hat der damaligen SPD-Bundesregierung vorgeworfen, ihm 1982 keine neuen Verträge mehr bewilligt zu haben, weil dem Forschungsministerium seine Forschungsergebnisse nicht gepasst hätten. Dagegen hat er die Aufnahme der untätigen Erkundung des Salzstockes Gorleben durch die neue CDU-geführte Bundesregierung 1983 als richtig bezeichnet.*

*Wenn also damals unbequeme wissenschaftliche Positionen tatsächlich unterdrückt wurden, dann unter Verantwortung des damaligen SPD-Forschungsministers von Bülow. Der Zeuge Duphorn hat auch unter Sicherheitskriterien die Standortauswahl als sehr solide bezeichnet. Die heutige Zeugenvernehmung hat bewiesen, dass es keine Manipulation des Gorleben-Berichts der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt im Jahr 1983 durch die damalige Bundesregierung gegeben hat. Vielmehr ist deutlich geworden, dass auch Gorleben-kritische Wissenschaftler an der Erarbeitung des Berichts bis zum Schluss beteiligt wurden. Es gab einen transparenten und unabhängigen Diskussionsprozess der Wissenschaftler.*

*Die SPD und insbesondere der ehemalige Umweltminister Sigmar Gabriel müssen jetzt endlich konkretes Beweismaterial für dessen vor der Wahl erhobenen Manipulationsvorwurf vorlegen oder die Arbeit des Untersuchungsausschusses, der den Steuerzahler viel Geld kostet, beenden. Das Untersuchungsrecht des Bundestages darf nicht als Propagandainstrument in der aktuellen Energiedebatte missbraucht werden.*

Originaltext: CDU/CSU - Bundestagsfraktion

Kommentartext der BI:

Was Herr Grindel unterschlägt

Lüchow – eigener Bericht - Zur obigen Pressemitteilung vom Vortage (8.7.10) des

Obmanns der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Reinhard Grindel (MdB) erklärt die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg: Wir haben gestern eine bemerkenswerte Fähigkeit des MdB Reinhard Grindel erlebt: er ist in der Lage, zentrale Aussagen des Zeugen Prof. Dr. Klaus Duphorn, die die Genese und Wandel seiner Haltung zum Gorleben-Projekt, zur Salzlinie bei der Auswahl von Gesteinsformationen für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle und zum Auswahlverfahren beschrieben, eklektizistisch und einseitig wieder zu geben. Duphorn war, als er als externer Gutachter der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) bestellt wurde, ein Gorleben-Befürworter. Die Untersuchungsbefunde in Gorleben jedoch nährten Zweifel an der Machbarkeit des Projekts. Er hat bis zur Entscheidung der dann durch die CDU-geführten Bundesregierung 1983 deshalb für richtig befunden, neben Gorleben auch andere Standorte auf ihre Tauglichkeit als Endlager zu untersuchen, also die Schlussfolgerungen der PTB aus der obertägigen Erkundung mitgetragen, die dann per politischer Intervention und per Weisung durch das politische Bonn kassiert wurden. Im Ausschuss hat Duphorn erklärt, "je länger man bohrte, desto schlechter waren die Ergebnisse". Die Gas- und Wassereinschlüsse schließlich, die in den 90er Jahren entdeckt wurden, hätten seinen Sinneswandel bestärkt, aus Zweifeln wurde die Ablehnung des Standorts. Die Aussage des Zeugen mündete in den Satz "Für mich ist Gorleben tot".

Unbequeme wissenschaftliche Positionen wurden unter der Verantwortung der SPD-Regierung und der CDU-Regierung unterdrückt. Der Zeuge Dr. August Hanning sprach von einer "Kontinuität" der Entsorgungspolitik. Die "Techniker" hätten auf einen Standortvergleich gedrängt, die Politiker hingegen – gleich welcher Couleur – wollten einen Entsorgungsnachweis an den Ausbau des Atomprogramms koppeln, sie fürchteten Bürgerproteste im Lande wie bei dem Suchverfahren für die Wiederaufarbeitungsanlage und hielten

deshalb an diesem einen Standort fest. – Gorleben-kritische Wissenschaftler waren an der Forschung beteiligt, ihre Kritik ist in der Tat in den "Zwischenbericht" der PTB eingeflossen, und genau das unterschlägt Reinhard Grindel: Deshalb wurde die Forderung, auch an anderen Orten neben Gorleben eine Standortsuche einzuleiten, 1983 kassiert.

Duphorn hat tatsächlich gesagt, es habe solide Kriterien für die Standortwahl gegeben, dabei bezog er sich auf die (hydro-) geologischen Vorgaben, von den vier soliden Kriterien

seien am Ende drei nicht erfüllt gewesen. Duphorn: "Was für eine Perspektive: Um Sicherheit zu gewinnen, musste der Salzstock weiter angebohrt werden und würde damit weiter beschädigt. Dann muss man auch rechtzeitig abspringen können."

Die CDU/CSU und die FDP, insbesondere der jetzige Umweltminister N. Röttgen, müssen jetzt endlich das Scheitern des Endlagerprojekts Gorleben eingestehen und eine ergebnisoffene, vergleichende Suche einleiten, wie es sogar schon in den 70er Jahren bis weit in die 80er

Jahre unter der Regierung Helmut Schmidt common sense war. Das Moratorium in Gorleben hatte den erkennbaren Vorteil, dass der AK End konsensual eine vergleichende Endlagersuche (neu) starten wollte und die politischen Voraussetzungen dafür auslotete. Als Atomkraftgegner/innen fügen wir hinzu: Beendet das nukleare Abenteuer sofort, die Last für die kommenden Generationen, für die strahlenden tödlichen Abfälle eine "Lösung" zu finden, darf um kein Gramm Atom Müll vergrößert werden.

Wolfgang Ehmke

## Erstes Licht im Gorleben-Dunkel

In den ersten Wochen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses stand die Anhörung verschiedener Sachverständiger sowie die Beschaffung der relevanten Akten aus den Bundesbehörden im Mittelpunkt. Am 1. Juli begann der Ausschuss mit den Zeugenanhörungen. Damit konnten die ersten Lichtstrahlen ins Dunkel des Gorleben-Komplexes geleitet werden. Aus grüner Sicht sind dabei die folgenden drei Ergebnisse zentral:

**1.** Die Festlegung auf Gorleben erfolgte nicht auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse, sondern einzig nach politischem Kalkül. Bereits die Festlegung des Standorts Gorleben war dubios. Ursprünglich gab es sechs Vorschläge für ein mögliches Nukleares Entsorgungszentrum, zu dem das Endlager gehören sollte. Gorleben war ursprünglich nicht dabei. Erst im November 1976 fügte die niedersächsische Landesregierung den Standort dieser Liste hinzu – handschriftlich. Nach der geologischen Vorauswahl war Gorleben also ausgeschieden, tauchte dann aber allein aus wirtschafts- und strukturpolitischen Gründen wieder auf. Nur drei Wochen später legte sich die Landesregierung unter dem damaligen Ministerpräsident Ernst Albrecht fest: Gorleben sollte gegen die Bedenken der sozial-liberalen Bundesregierung als einziger Standort durchgesetzt werden.

Bis 1982 gab es auch innerhalb der zuständigen Behörden immer wieder Zweifel an dieser Festlegung und entsprechende Forderungen alternative Standorte zu untersuchen. Dem wurde 1983 unter der damals neuen schwarz-gelben Bundesregierung unter Helmut Kohl ein Ende bereitet.

**Hintergrund:** Die sozialliberale Regierung von Helmut Schmidt hatte den so genannten Entsorgungsvorsorgenachweis eingeführt. Demzufolge konnten neue Atomkraftwerke nur genehmigt werden, wenn gleichzeitig auch die Endlagerfrage in Angriff genommen wurde. Die Regierung Kohl brauchte nun dringend Fortschritte bei der Entsorgungsvorsorge – andernfalls hätten Meiler wie Brokdorf, Emsland oder Neckarwestheim 2 nicht in Betrieb gehen können. Gegen alle in Bau befindlichen AKW waren Gerichtsverfahren anhängig. Um die Atomausbaupläne zu realisieren, erhöhte die Politik den Druck auf die Wissenschaftler und beteiligten Behörden.

Das Schlüsselereignis dazu fand am 11. Mai 1983 statt. Wie bereits im vergangenen Jahr bekannt wurde, traf sich an diesem Tag eine so genannte Interministerielle Arbeitsgruppe in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR). Zur Überraschung und zum Ärger der Wissenschaftler erschienen dazu unangemeldet Vertreter des Bundesinnen- und Bundesforschungsministeriums und des Kanzleramtes. Sie erteilten den Wissenschaftlern der Physikalisch Technischen Bundesanstalt (PTB) – die Vorgänger-Behörde des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) - die Weisung, ihr Gutachten so zu frisieren, dass es den politischen Vorgaben entsprach: die Empfehlung, weitere Standorte zu untersuchen, musste gestrichen werden.

Dieser skandalöse Vorgang wurde im Ausschuss von Prof. Dr. Helmut Röthemeyer und Dr. Herbert Illi, die beide für die PTB an dem Gespräch teilnahmen, bestätigt. Selbst der damalige Oberregierungsrat und spätere BND-Chef August Hanning, der seinerzeit im Kanzleramt für die Endlagerfrage zuständig war, bestätigte, dass es diese Weisung und somit den politischen Einfluss gab.

**2.** Damals wie heute gibt es erhebliche wissenschaftliche Zweifel an der Eignung von Gorleben.

Es gab bereits zu Beginn der Untersuchung Gorlebens ernsthafte Zweifel an der geologischen Eignung des Salzstocks. Prof. Klaus Duphorn, ein hoch anerkannter Fachmann auf dem Gebiet der Quartärgeologie, war Anfang der 1980er Jahre im Auftrag des Bundesforschungsministeriums mit der obertägigen Erkundung befasst. Als Zeuge vor dem Ausschuss sagte er am 8. Juli, seine Untersuchungsergebnisse hätten immer mehr gegen die Eignung des Salzstocks als Endlager gesprochen. Je mehr und je tiefer er mit seinem Team gebohrt habe, desto schlechter seien die Ergebnisse geworden.

Diese Erkenntnisse seien jedoch vom Ministerium ignoriert worden. Obendrein habe es mehrfach das Bestreben gegeben, ihn als Wissenschaftler zu diskreditieren. Dass das Forschungsministerium ihm im Anschluss an sein Gutachten zur Gorleben-Erkundung keine weiteren Aufträge erteilte, wertete Duphorn als Reaktion auf seine politisch unliebsamen Erkenntnisse. Dr. Wolf von

Osten, damals Regierungsdirektor im Kanzleramt, bestätigte, dass Duphorn wegen seiner wissenschaftlichen Erkenntnisse "ein schwieriges Leben hatte".

Prof. Duphorn erklärte weiter, Akten mit kritischen geologischen Erkenntnissen zur Nichteignung von Gorleben seien 20 Jahre unter Verschluss gehalten worden. Der renommierte Wissenschaftler hält den Salzstock Gorleben auch heute als Endlager für hochradioaktive Abfälle für ungeeignet. Die Erkundung von Salzstöcken als mögliche Endlager sei inzwischen international "out". Wörtlich sagte Duphorn: "Für mich ist Gorleben tot".

**3.** Unter dem Deckmantel der Erkundung wurde der Bau des Endlagers vorangetrieben. Die Erkundung des Salzstocks in Gorleben hätte nach Atomrecht statt nach Bergrecht erfolgen müssen. Es wäre ohne Weiteres möglich gewesen, schon bei der 4. Atomgesetznovelle 1976 oder später eine entsprechende gesetzliche Regelung vorzusehen und so z. B. für eine adäquate Bürgerbeteiligung zu sorgen. Doch dies wurde nach Aussage des als Sachverständiger geladenen früheren Vize-Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz, Henning Rösel, "bewusst und gewollt" unterlassen.

Dadurch entstand eine rechtliche Grauzone zwischen Atom- und Bergrecht. Das hatte aus Sicht der damals Regierenden zwei "Vorteile": Die Öffentlichkeit blieb außen vor, und es konnten Fakten geschaffen werden für den Bau des anvisierten Endlagers. So wurden z. B. zwei Schächte gebaut, die statt des für die Erkundung erforderlichen Durchmessers von 3,5 bis 4 Metern das endgültige Format von 7,5 Meter Schachtdurchmesser aufweisen. Dies wurde entgegen einem vom Bundesinnenministerium eingeholten Gutachten allein nach Bergrecht beantragt und genehmigt. Dieser gesamte Komplex wurde in den ersten Ausschusssitzungen erst angerissen und wird die weitere Arbeit noch intensiv bestimmen. Fest steht aber schon jetzt: Seit Beginn des Schwarzbaus Gorleben wurden in dem Salzstock 1,4 Milliarden Euro versenkt – zehnmal mehr als international für die Erkundung üblich.

Sylvia Kotting-Uhl,  
grüne Obfrau im PUAGorleben

# "Der Salzstock Gorleben ist tot"

Bericht zur Zeugenvernehmung vom 8. Juli 2010

Der Geologe Klaus Duphorn bestätigt, dass Gorleben als Endlager-Standort ungeeignet ist. Das wusste man schon vor 30 Jahren. Doch die Regierung hat den kritischen Wissenschaftler Duphorn diskreditiert und gechasst

Das mit dem Erinnern ist so eine Sache. Doch für die Gedächtnisleistung der Menschen gibt es eine kleine Regel: Momente, die den Lauf der Dinge entscheidend verändern, vergisst man selten. So geht es wohl auch dem Geologen Klaus Duphorn, der am Donnerstag vor dem Untersuchungsausschuss aussagte. Er ist bekannt als Gorleben-Kritiker, der bereits 1981 vor den geologischen Schwächen des Salzstocks gewarnt hat. Durch ein kritisches Gutachten zum Salzstock fiel er bei seinen Auftraggebern, der Bundesregierung, in Ungnade, erhielt keine Aufträge mehr und musste seine Mitarbeiter entlassen. Seine damaligen Untersuchungsergebnisse und die Auswertung der Untersuchungen der BGR brachten schon damals ein eindeutiges Ergebnis: Der Salzstock Gorleben ist als Endlager für hochradioaktiven Atommüll ungeeignet.

Professor Duphorn kann sich gut an diese Zeit vor 30 Jahren erinnern. Er war Ende der siebziger Jahre an der obertägigen Erkundung des Salzstocks beteiligt. Heute wirkt er keinesfalls verbittert - ärgern allerdings kann er sich immer noch über die Versuche 1982 aus dem Bundesforschungsministerium (BMFT), ihn fachlich zu diskreditieren. Dass Duphorn keine Vertragsverlängerung erhielt, weil seine wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht mit der politischen Linie des Hauses übereinstimmten, bestätigt vor dem Ausschuss später auch der damals im BMFT ansässige Zeuge Wolf von Osten: „Das ist mit Sicherheit so.“ Es habe bei Kernenergiebefürwortern im Forschungsministerium die Meinung gegeben, dass man einige Wissenschaftler nicht befragen sollte. Duphorn hätte gerne weiter mit der PTB zusammengearbeitet und es gibt Anzeichen, dass es auch auf Seiten der PTB dieses Interesse gab. Doch die vorgesetzten Behörden beendeten die Zusammenarbeit. Duphorn hatte immer wieder auf das Wasser in der Gorlebener Rinne hingewiesen, die Grundwasserdynamik im Deckgebirge, auf Risse im Dauerfrostboden, die bis zu 600 Meter tief sein können. Dass das Deckgebirge tatsächlich nicht den Erwartungen entsprach,

hatte bei den Verantwortlichen schließlich zur Konsequenz, dass man die geologischen Kriterien hintan stellte und strahlenmedizinische Kriterien höher bewertete.

## Salz ist out

Doch der Auftragsentzug hat dem Ruf des Geologen und Hochschullehrers Duphorn von der Universität Kiel nicht geschadet. Er ist der bislang einzige unabhängige Wissenschaftler, der vor dem Untersuchungsausschuss aussagte. Bis heute ist Duphorn bei seiner Meinung geblieben: „Salz ist schlicht und einfach out.“ Die Kanadier seien schon vor 20 Jahren vom Salz abgekommen, auch die Amerikaner, die Niederländer und die Dänen würde n heute nicht mehr auf Salz als Wirtsgestein für ein Endlager setzen.

Duphorn war damals nicht der einzige Kritiker, auch die Professoren Memmert, Herrmann und Grimmel hatten zum Teil erhebliche Einwände gegen Gorleben und dessen alleinige Erkundung erhoben. Insbesondere Prof. Grimmel aus Hamburg hatte kritisiert, dass über den östlichen Teil des Salzstocks auf DDR-Gebiet zu wenig bekannt sein und dieser nicht erforscht werden könne. Doch Duphorn weiß auch hierzu etwas. Von einem Geologen aus Schwerin habe er Akten über die Gas- und Ölbohrungen im damaligen DDR-Teil des Salzstockes. In diesem Zusammenhang steht auch die Explosion eines Bohrturmes bei Lenzen im Jahre 1969. Insgesamt soll es sich nach Duphorn mindestens um 100.000 bis 1 Million Kubikmeter Erdgas und Erdöl handeln, die für ein mögliches Atommülllager eine große Gefahr darstellten. Duphorn bezeichnete die Erdgasvorkommen als das akute Hauptproblem des Salzstocks und erklärte, dies werde das Projekt Gorleben zum Scheitern bringen.

## Gedächtnislücken

Nach Duphorn stand der Zeuge August Hanning dem Untersuchungsausschuss Rede und Antwort. Den ehemaligen Geheimdienstkoordinator kann man als Dauergast in Untersuchungsausschüssen bezeichnen, denn er hat offensichtlich überall seine Hände drin gehabt. Doch Hanning zeigt sich erwartungsgemäß vergesslich und unangreifbar. Angesprochen auf das dubiose Gespräch am 11.5.1983, bei dem er das Bundeskanzleramt vertreten hat (siehe PUA-Newsletter vom 2.7.), erklärt er: „Das ist völlig

normal, dass es solche Gespräche im Vorfeld einer wichtigen Kabinettsentscheidung gibt“. Er war damals Referent im Bundeskanzleramt und zuständig für entsorgungspolitische Fragen. In der Anhörung sagt Hanning im Anschluss an Duphorn aus. Noch in der vergangenen Woche hatte Heinrich Illi (PTB-Mitarbeiter) sich erinnert, dass am 11.5.1983 in ein Gespräch unter Experten ungeladen plötzlich Vertreter der Bundesregierung platzten. Er hatte herausgehoben, dass es zudem höchst ungewöhnlichen gewesen sei, dass mit Hanning sogar ein Vertreter des Bundeskanzleramts dabei war. Doch das konkrete Erinnern fällt Hanning erwartungsgemäß schwer. Überhaupt kann er lediglich Auskunft geben über die allgemeinen Vorgänge innerhalb von Behörden und Ministerien und kann nirgends etwas Ungewöhnliches finden. Im Zweifelsfall ist er schlicht nicht zuständig gewesen.

Wolf von Osten betonte, dass das Bundeskanzleramt eigentlich immer, bis zur Ablösung durch die Kohlregierung im Herbst 1982, für die Untersuchung mehrerer Standorte als Atommülllager war. Doch Niedersachsen hat auf nur einem Erkundungsstandort bestanden, auch Hessen, Bayern und Baden-Württemberg hätten sofort ablehnend reagiert. Ein politischer Druck rührte daher, dass die Entsorgungsgrundsätze den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke an die Entsorgung koppelten. Man habe deshalb versucht, „Gorleben mit allen Mitteln durchzudrücken“, so von Osten. Er beschreibt übrigens die damaligen Minister unter Helmut Schmidt, Gerhard Baum (BMI) und Andreas von Bülow (BMFT), eher atomkritisch, was nicht für alle ihre Staatssekretäre galt. Am Abqualifizieren des Wissenschaftlers Duphorn war 1982 zum Beispiel der damalige Staatssekretär im BMFT, Erwin Stahl, beteiligt. Nach Antritt der Regierung Helmut Kohl im Herbst 1982 wurden die Ministerien personell auf Atomkraft-Linie gebracht. An einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung hätte Duphorn damals durchaus teilhaben wollen. Duphorn sagt heute: „Die Geschichte der Endlagerforschung weltweit zeigt, dass solche einseitigen Projekte wie Gorleben keine Chance haben.“ Und bringt seine Erkenntnisse auf den Punkt: „Für mich ist der Salzstock tot.“

Dorothee Menzner,

Linken-Obfrau im PUA Gorleben

## Neuer Untersuchungsausschuss geplant

Auf Anregung eines Leserbriefs zur Fachtagung der BI (Gorleben-Rundschau Mai 2010) hat sich die Fachgruppe Radioaktivität des Themas Dänemark und Atomkraft angenommen, schon weil wir uns die dort praktizierte politische Lösung sehr gut und morgen auch für unser Land vorstellen können: keine Entsorgungsmöglichkeit, also auch keine Atomkraftwerke! Donnerwetter, das ist doch was!

Immerhin haben die dänischen Elektrizitätswerke 5 (fünf!) Salzstöcke obertägig erkundet und waren damit 1981 fertig, zur gleichen Zeit, als Prof. Duphorn die vergleichende obertägige Untersuchung weiterer Salzstöcke neben Gorleben forderte – und dafür gefeuert wurde.

Aber es gibt noch mehr zeitliche Parallelen.

Mitten in den dänischen Auseinandersetzungen fällt die deutsche Regierung am 13. Juli 1983 die „zentrale Lenkungsentscheidung“ (PUA Gorleben) zur untertägigen Erkundung eines einzigen Salzstocks – Gorleben - .Nicht ohne Ende Mai 1983 eine Zwei-Tages-Show in Hitzacker durchzuziehen, die so tat, als sei alles noch offen.

Die Methoden ähneln sich. Im Nachbarland verteilen die interessierten Konzerne schon

ein halbes Jahr vor dem Ende der obertägigen Erkundungen kostenlos an alle Haushalte Broschüren mit der Botschaft, dass die Lagerung des radioaktiven Abfalls aus Atomkraftwerken kein Problem darstelle.

Aber die Rollen sind doch ein bisschen anders verteilt, denn alle fünf Salzstöcke fielen durch die Prüfung des staatlichen Geologischen Instituts, der öffentlichen Meinung („Atomkraft – nej tak!“), und schließlich 1985 auch des Parlaments.

Darunter waren richtige „Schwergewichte“: Der Salzstock unter der nordjütischen Insel Mors zum Beispiel, der mit einem 600 m starken, so gut wie ungestörten und undurchlässigen Deckgebirge und damit Grundwasserlaufzeiten zwischen Salzstock und Oberfläche von einigen Millionen Jahren in die Prüfung ging – und durchfiel! Wie wäre es da wohl Gorleben ergangen??!

Die Fachgruppe Radioaktivität wird einen eigenen Untersuchungsausschuss zu Mors

einsetzen und weiter berichten – natürlich auch von der Exkursion, die gehört ja dazu. Den seilplan für die Fähre haben wir schon rausgesucht, die braucht zwar nur fünf Minuten, und Brücken gibt's auch, aber das lassen wir uns nicht nehmen!



Fachgruppe Radioaktivität

## Alles gut soweit! Wirklich?

**Im Rahmen meiner kleinen und bescheidenen Mitarbeit in der Initiative Lubmin-nix-da, die von hier aus Rostock über die Rostocker Anti-Atom-Initiative (RAN) unterstützt wird, habe ich den Auftrag gehabt, Erkundigungen einzuholen, ob über den Seehafen Rostock Transporte mit radioaktivem Gefahrgut laufen oder gelaufen sind.**

Uns interessierte dabei, ob es solche Transporte im letzten oder diesem Jahr bisher gab. Dabei haben mich sehr freundlich die Grünen in Rostock mit einer öffentlichen Anfrage in der Bürgerschaft in Rostock unterstützt. Dafür bedanke ich mich sehr.

Hintergrund ist eine große Anfrage in der Bremer Bürgerschaft mit dem Titel "Atomtransporte durch das Land Bremen" und die Antwort des Bremer Senats darauf vom 27. Oktober 2009. Demnach ist der Rostocker Seehafen eine internationale Drehscheibe für Atomtransporte. (...) Transportiert werden überwiegend unbestrahlte Brennelemente über den Seehafen Rostock von und nach Schweden. Mecklenburg-Vorpommern ist dabei Transitland. Die Transporte erfolgen bis/ab Seehafen Rostock per LKW, der Transport von/nach Trelleborg (Schweden) erfolgt auf dem Wasserwege. So fanden im Zeitraum vom 30. Mai 2006 bis zum 25. Oktober 2006 mittels Lkw 6 Atomtransporte durch das Land Bremen statt, die weiter über Rostock nach Schweden gingen sowie 3 Atomtransporte, die aus Schweden über Rostock durch das Land Bremen nach Frankreich rollten. Diese Tatsachen sind in Rostock kaum bekannt! Immer wieder habe ich diese Unkenntnis festgestellt, wenn ich mit Pressevertretern während unserer Demonstrationen hier in der Stadt reden konnte. Unkenntnis allen Orten.

Laut der Antwort aus unserem Rathaus stehen keine Atommülltransporte über den Rostocker Seehafen an. So sei in einer Zusammenarbeit mit dem Landesministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung, dem Landesministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus und den Hafenkapitänen des Landes (und der) Hansestadt Rostock kürzlich die Festlegung getroffen (worden), keine Atommülltransport über die Häfen in Mecklenburg-Vorpommern abzuwickeln.

Die Grünen meinen nun in ihrer Pressemitteilung auf diese Antwort aus dem Rathaus, dass angesichts der anstehenden Castor-Transporte durch unser Bundesland der Druck vieler gesellschaftlicher Kräfte endlich Wirkung zeige. Viele Menschen wollen es nicht mehr hinnehmen, dass weiter Atommüll produziert wird. Auch stoße es auf immer weniger Akzeptanz in der Bevölkerung, mit dem Müll oder dessen Transport Geld zu verdienen.

Deshalb begrüßen wir die Selbstverpflichtung der Verantwortlichen ausdrücklich, so Johann-Georg Jaeger, Fraktionsvorsitzender der Grünen in Rostock. Also alles gut soweit, wie ein Mitstreiter der Grünen mir gegenüber meinte...  
Wirklich?

Ich habe da so meine Bedenken, die ich auch den Grünen mitgeteilt habe. Denn wenn man sich die Antwort genau ankuckt, so ist dieselbe sehr zweideutig. Die Grünen haben schon die richtigen Fragen gestellt, allein die Antworten sind mager. Da steht zuerst einmal nichts von einer sogenannten freiwilligen Selbstverpflichtung. Woher stammen diese Informationen, die die Grünen in ihrer Pressemitteilung verbreiten? Wenn ich davon ausgehe, dass diese Information dennoch stimmt, wie verhält es sich mit der Kontrolle dieser freiwilligen Selbstverpflichtung? Und da sie freiwillig ist, ist ja damit auch klar, dass sie auch jederzeit wieder auf freiwilliger Basis gestrichen werden kann. Weiter geht aus der Antwort lediglich hervor, dass man keine Atommülltransporte abwickeln möchte. Obacht! Man redet nur von Atommüll! Zum Transport von unbestrahlten Brennelementen, um die es in der Anfrage der Grünen richtigerweise ja auch ging und zu anderen radioaktiven Gefahrgut-Transporten wird keine Aussage getroffen. Heißt dies nun, dass es 1. solche Transporte gab im angefragten Zeitraum? Und wenn ja, in welcher Größenordnung? Und 2. dass nicht solche Transporte doch möglich werden könnten in der Zukunft? Denn die Aussage, es seien keine derartigen Umschläge geplant bzw. es keine in 2009 gab, geht lediglich auf Atommüll ein. Somit können explizit Brennelemente und dergleichen radioaktives Gefahrgut durchaus umgeschlagen worden sein bzw. es könnte in Zukunft doch passieren.

Anders ausgedrückt bedeutet dies für mich: Die Hafenbehörden bemühen sich aktiv nicht darum, solche Transporte für den Seehafen zu gewinnen.

Was ja auch gut und richtig ist. Damit sind aber die Ablader und Makler ausgeklammert, die ja für sich selbstständig solche Transporte jenseits vom Atommüll akquirieren können. Wie steht es um deren Kontrolle? Immerhin kann ein Transport von radioaktivem Material ja verschieden deklariert werden. Insbesondere wenn es sich um begrenzte Mengen handelt, die nicht als Atommüll definiert sind und für die nicht zwingend alle Bestimmungen von Gefahrgut-Transporten einzuhalten sind (so ist mein Kenntnisstand in der Sache derzeit, ich lasse mich gern eines Besseren belehren).

Derzeit interessiert mich zuallererst die Frage nach dieser freiwilligen Selbstverpflichtung. Woher stammt diese? Dies habe ich den Grünen geschrieben, eine Antwort steht noch aus.

Übrigens, eine kleine Anekdote vom Rande des Geschehens...

Anlässlich unserer letzten Demonstration Atom-Alarm in Rostock kam es zu einer lebhaften Diskussion mit einem Beamten der Polizei, welcher auch den von uns geplanten Ablauf der Demo kontrollieren sollte. Es zeigte sich schnell, dass mit ihm ab einem bestimmten Punkt kaum noch zu reden war, die Diskussion lief sich fest. Das an sich ist nicht weiter schlimm, sowas passiert zuweilen in einem schnellen Wortwechsel. Bemerkenswert war vielmehr seine Antwort auf die von ihm selbst gestellte Frage, ob wir denn überhaupt in einer Demokratie in Deutschland leben: Nein!

Und das von einem Diener dieses Staates. Sollte das uns nicht zu denken geben? Alles soweit gut also?

Hannes Lau



# Die weltweite Geschichte der Anti-AKW-Bewegung

## Teil 2

### Wieder ein Aufschwung der Anti-AKW-Bewegung

Ab 1985 begann bereits die bundesweite Mobilisierungsphase der Anti-AKW-Bewegung gegen die Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Wackersdorf in Süddeutschland. In diese Phase explodierte 1986 das AKW im ukrainischen Tschernobyl. Der Supergau war da. Die Anti-AKW-Bewegung in der BRD reagierte darauf schneller als alle Behörden und staatlichen Stellen, die abwiegelten und sich als völlig überfordert erwiesen. Der Tschernobyl-Schock saß tief, nie gab es so viele Demonstrationen und Aktionen gegen Atomanlagen. Selbst die SPD beschloss auf ihrem Nürnberger Parteitag den Ausstieg aus der Atomenergie innerhalb von zehn Jahren. Seit dieser Zeit gibt es in der BRD stabile Umfragewerte gegen die Atomenergie in der Bevölkerung. Durch einen Volksentscheid 1987 in Italien musste die italienische Regierung aus dem Atomprogramm aussteigen und alle Atomkraftwerke im Lande stilllegen.

Bis 1989 war dann das beherrschende Thema die WAA in Wackersdorf, bis diese unter dem Druck der Anti-AKW-Bewegung von der Industrie aufgegeben wurde. Durchaus als Erfolg der Anti-AKW-Bewegung können gleich verschiedene Entscheidungen des Jahres 1989 gewertet werden: Am 3. April vereinbarten der Energieversorger VEBA und die französische COGEMA (Betreiberin der WAA La Hague) die Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente in Frankreich und damit das Aus für Wackersdorf, das dann am 7. Juni 1989 endgültig verkündet wird. Bereits im März 1989 hatte Bundesforschungsminister Riesenhuber das endgültige Aus für den Schnellen Brüter in Kalkar verkündet. Und im Mai 1989 sickerte durch, dass die Betreiber des Hochtemperaturreaktors Hamm-Uentrop einen Antrag auf Stilllegung des bereits seit September 1988 wegen eines Störfalls abgeschalteten Pannereaktors stellen wollen. Insgesamt wurden seit 1988 - so der Vorstandsvorsitzende der RWE anlässlich des Geschäftsberichtes 1995 - Atomenergieinvestitionen in Höhe von 15 Milliarden DM zum Scheitern gebracht - wenn das nicht ein Erfolg der Anti-AKW-Bewegung ist. Bereits vor der Wende 1989 wurde auf eine Europäisierung der Atomwirtschaft gesetzt. Das Heil wurde in einer Kooperation mit Frankreich gesehen, wie die Verträge mit der COGEMA, heute Areva, zeigen. Lediglich in Hanau setzte Siemens weiterhin auf Ausbau und plante und baute eine Mischoxid-Brennelementefabrik, in der das Plutonium aus der Wiederaufarbeitung im Ausland verarbeitet werden sollte. Diese Anlage wurde 1995 - bereits zu 95 Prozent fertig gestellt - endgültig aufgegeben. Über eine weitere 1 Milliarde DM waren somit in den Sand gesetzt.

### Die Wiedervereinigung verursachte einen Niedergang der Anti-AKW-Bewegung

Alle Umweltthemen waren plötzlich nicht mehr gefragt. Die westdeutschen Grünen flogen aus dem Bundestag. In der Presse wurde schon der Abgang der Anti-AKW-Bewegung angestimmt. Von 1991 bis 1992 kam es zu einer echten Flaute im Widerstand gegen Atomanlagen, u.a. mit einer Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung mit rund 40 AktivistInnen in Gronau. Diese Flaute ging mit den Aktionen gegen die geplanten Castortransporte nach Gorleben 1993 und 1994, die im letzten Moment gestoppt wurden, zu Ende. Diese hätten schon seit 1985 durchgeführt werden können, aber irgendwie schaffte die Atomwirtschaft das bis 1995 nicht. Immer wieder kam was dazwischen.

### Die Anti-AKW-Bewegung erhebt sich wie Phönix aus der Asche

1995, 1996, 1997 und 1998 kam es zu heftigen Auseinandersetzungen bei Castortransporten nach Gorleben und Ahaus. 1998 wurden hohe Verstrahlungen an den Castorbehältern festgestellt. Bis zu 50.000 Becquerel wurden gemessen, vier waren erlaubt. Die damalige Bundesumweltministerin Frau Merkel (CDU) stoppte im Mai 1998 alle Castortransporte. Wir stehen erst 2001 wieder vor neuen Castortransporten nach Gorleben und einer komischen "Ausstiegsdebatte" aus den Atomanlagen, die keine ist, da die Atomkraftwerke insgesamt 32 Jahre !! weiter laufen können. Einen Kompromiss mit Bestandsgarantie für die bestehenden Atomanlagen haben die AKW-Betreiber bekommen.

Der 11. September 2001, Terrorangriff auf das World Trade Center in New York mit rund 3.000 toten Menschen verändert alles. Seit dem besteht weltweit die Drohung Atomkraftwerke mit Terrormitteln anzugreifen. Kein einziges AKW, weltweit, ist für einen solchen Fall ausgelegt worden. Das wurde in den Erörterungsterminen zu den Atomanlagen, wie kriegerische Auseinandersetzungen auch, immer wieder als "Restrisiko" abgetan.

Am 7. November 2004 beim 8. Castortransport starb Sébastien Briat, als er den Castorzug in Ostfrankreich stoppen wollte. Beide Beine wurden ihm abgefahren. Große Betroffenheit und Trauer bei allen AtomkraftgegnerInnen.

### Der Atomkompromiss von 2000 bleibt bestehen

Im September 2005 finden vorgezogene Bundestagswahlen statt. Die CDU/CSU muss mit der SPD eine Koalition bis 2009 bilden. Der 2000 vereinbarte sogenannte rot-grüne "Atomausstieg" bleibt bestehen. Eine neue Endlagersuche wurde nicht durchgeführt. Der Widerstand gegen den Castortransport nach Gorleben ging auch 2005 weiter.

### 20 Jahre Tschernobyl

2006 fanden viele Veranstaltungen und Demos zum 20. Jahrestag von Tschernobyl statt. Die größte Demo mit rund 30.000 Menschen fand bei strömendem Dauerregen in Cherbourg / Frankreich statt, trotzdem war die Stimmung einfach supergut. 25.07.2006. Ein schwedisches Atomkraftwerk ist für 23 Minuten ohne Kontrolle, Kurzschluss, Stromausfall, die Notstromaggregate sprangen nicht an. 7 Minuten vor dem Supergau konnten doch noch zwei Notstromaggregate eingeschaltet werden. Erst Anfang August erfuhr die Öffentlichkeit von dem Atomvorfall im AKW Forsmark. Die Debatte über die Atomenergie ist wieder neu entfacht. Am 25.09.2006 stellt RWE den Antrag auf Laufzeitverlängerung für den Schrottreaktor Biblis A beim Bundesumweltministerium bis 2011. Ab dem 11.11. kommt der 10. Castortransport nach Gorleben. Der Castorzug wurde schon in Frankreich gestoppt. In Süddeutschland musste der Castortransport viermal stoppen. In Gorleben demonstrierten am Endlager rund 6000 Menschen und 200 Trecker. Auf den Weg ins Zwischenlager wurde der Castortransport immer wieder aufgehalten. Nach Angaben der Bürgerinitiative (BI) Lüchow-Dannenberg beteiligten sich vor der Ankunft 2.000 Menschen an Blockadeaktionen. Der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann (CDU) sprach von insgesamt 3.500 überwiegend friedlichen Demonstranten über das gesamte Wochenende. Allerdings hätten 800 gewaltgeneigte Störer der Polizei erhebliches Kopfzerbrechen bereitet. 21 Polizeibeamte seien insgesamt verletzt worden, zwölf durch Fremdeinwirkung. Nach Angaben der BI wurden 146 Castor-GegnerInnen verletzt, vier davon schwer.

### Der Schrottreaktor Krümmel

2007 beginnt die EU-Ratspräsidentschaft von Deutschland. Der Euratomvertrag, EU-Gründungsvertrag von 1957, wird diskutiert. Es bleibt aber alles unverändert. Bei einem Trafobrand am AKW Krümmel am 28.06.2007 bricht eine neue Diskussion über Atomanlagen los. Eine beispiellose Pannenserie, Schlamperie und das Kommunikationschaos haben den zuständigen AKW-Betreiber Vattenfall in wenigen "Tagen in die globale Speerspitze der Anti-Atom-Bewegung verwandelt", um es ironisch auszudrücken. Die anderen Atombetreiber wie E.ON und RWE sind richtig sauer. Der Widerstand gegen AKW steigt, auch in den Umfragen in der Bevölkerung von Deutschland.

### Russland

Bei einem Angriff von russischen Neo-Nazis am 21.07.2007 auf ein Camp von Atomkraftgegnern in Sibirien wird der Umweltaktivist Ilja Borodajenko ermordet. Er wurde nur 21 Jahre alt.

## Frankreich

In Frankreich fanden in fünf Städten an einem Tag Demos mit insgesamt rund 40.000 Menschen statt, darunter waren auch AtomkraftgegnerInnen aus der Schweiz und Deutschland. In Gorleben und Lebenstedt (Schacht Konrad) wurden größere Demos durchgeführt. Einen Castortransport nach Gorleben gab es 2007 nicht.

## Die Asse II kommt in die breite Öffentlichkeit

2008 schwappt die radioaktive Lauge der Asse II in die Wohnzimmer der Fernsehzuschauer. Scheibchenweise kommt das Ausmaß der Störfälle, Schlampereien und Vertuschungsversuche im niedersächsischen Atom-müllendlager Asse II bis heute ans Licht. Ein Ende der Pannen ist nicht in Sicht und ein Super-Gau der Endlagerung ist Asse II allemal. Das ist wie ein Krimi. Ein Betreiberwechsel wird durchgeführt. Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) soll jetzt für Asse II zuständig werden.

## Castor 2008

Ein Castortransport nach Gorleben für November 2008 ist angekündigt. Rund 16.000 Menschen demonstrieren gegen den Castor, der erst mit fast 24 Stunden Verspätung in das Zwischenlager in Gorleben gefahren werden kann. So viele Menschen, wie noch nie haben sich dem 11. Castortransport in den Weg gestellt. Das ist die größte Anti-AKW-Demo seit vielen Jahren.

## Der Neubau von Atomkraftwerken hat Probleme

Die beiden EPR Baustellen in Finnland und Frankreich haben erhebliche Probleme aller Art. Die Fertigstellung verzögert sich. Die Kosten steigen. Die Finanzkrise 2008 dürfte sich auch auf die Finanzierung von geplanten AKW auswirken. So hat Südafrika angekündigt, die geplanten AKW auf unbestimmte Zeit zu vertragen, die Finanzkosten sind dramatisch gestiegen.

2009 übernimmt das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) die Zuständigkeit für das leke Atom-mülllager Asse. Am 26.02.2009 versammelten sich um 19.00 Uhr auf 52 km fast 15.000 Menschen bei nasskaltem Schneeregenwetter zu einer Lichterkette von Braunschweig zur Asse und Schacht Konrad. Busse aus Hamburg, Gorleben und Berlin fuhren zur Lichterkette. Rund 200 Initiativen organisierten die einzelnen Abschnitte und Infopunkte der Lichterkette gegen Atom-müll am Donnerstag. Darunter ein Kindergarten, Jugendgruppen, Vereine, Firmen, Kirchengemeinden, Gewerkschaftsgruppen, Gliederungen der Linken, der Grünen, der SPD und der CDU, Sportvereine und lokale Anti-AKW-Gruppen. Zum Tschernobyltag am 26.04.2009 gibt es Demos, Aktionen und Kundgebungen in Krümmel (1.500), Münster (1.000), Weimar (?), Göttingen und Neckarwestheim (250).

## ... und immer wieder Gorleben

Am 28.05.2009 wurden interne Dokumente öffentlich bekannt, die belegen, dass der Salzstock in Gorleben seit den 1980er Jahren heimlich und ungenehmigt zum Atom-müll-Endlager ausgebaut wird. Bundesregierung und

Atomindustrie hatten stets betont, der Salzstock werde lediglich "erkundet". Als Reaktion darauf rücken am nächsten Tag rund 300 Demonstranten und 30 Traktoren demonstrativ in den Innenbereich des Schachtgeländes vor. Acht Polizisten sicherten den Förder-turm.

## Die Höhepunkte der Jahre 2009 und 2010

In Berlin versammeln sich am 5. September 2009 über 50.000 Menschen und rund 400 Trecker aus dem Wendland, die mit einen kleinen und großen Treck aus dem Wendland losfahren, zur größten Anti-AKW-Demo seit 1986. Die Bundestagswahl am 27.09.2009 gewinnt schwarzgelb. Jedes Wochenende seit der Bundestagswahl wird bei jedem Wetter gegen die mögliche Laufzeitverlängerung von AKW demonstriert. Die erste Großdemo im Jahre 2010 fand am 21.03.2010 in Neckarwestheim mit über 5.000 Menschen statt. Weitere Großdemos in Ahaus, eine Umzingelung in Biblis und eine Kette von Krümmel über Hamburg nach Brunsbüttel werden am 24.04.2010 stattfinden. Der Kompromiss die Stilllegung aller Atomanlagen in Deutschland bis zum Jahre 2023 wird gekippt. Die AKW sollen länger laufen. Wie lange? Wie bitte? 60 Jahre!!!! Ich glaube mich tritt ein Pferd.

## Die Kosten der Atomenergie für die Allgemeinheit

Kein einziges AKW weltweit wurde alleine durch private Mittel von den Atombetreibern finanziert. Keine andere Energieart hat so viele öffentliche Mittel bekommen wie die Atomenergie. Alle nicht abschätzbaren Entsorgungskosten in der Zukunft bleiben beim Steuerzahler. Solche unkalkulierbaren Folgekosten gibt es bei den erneuerbaren Energien nicht! Der Überblick kann nicht vollständig sein, da schon alleine Euratom über den gesamten EU Haushalt verteilt ist.

## Subventionen für Forschung und Entwicklung der Atomenergie (IEA, nachheutigen Preisen, ohne Investitionsbeihilfen, ohne EU-Mittel, ohne Frankreich).

- EU-Länder 1974 bis 1998 55 Mrd. US \$
- OECD-Länder bis 1973 150 Mrd. US \$
- OECD-Länder 1974 - 1992 168 Mrd. US \$
- weltweit seit 1950er rund 1.000 Mrd. US \$
- Forschungsmittel, Beihilfen und Kredite für die Atomenergie in der Europäischen Union
- EU Atomforschung 1994 - 2006 3,7 Mrd. €
- EU Atomforschung 2007 - 2013 3,1 Mrd. €
- Euratom seit 1957 über 400 Mrd. €

Die Mittel für den Abbau von Atomanlagen und Endlagerung sind noch nicht berücksichtigt. **Einige Beispiele können hier aber schon genannt werden.**

- Eine Sanierung der Uranaltlast Wismut in Ostthüringen und Sachsen kostet vermutlich über 7 Mrd. €. Die Sanierung soll 2013 abgeschlossen werden. Eine Überwachung des Grundwassers ist für viele Jahrzehnte notwendig. Die Folgekosten können nicht abgeschätzt werden.
- Der Rückbau der Atomanlage Würgassen wird 1 Mrd. € kosten.

- Die Beseitigung der plutoniumhaltigen Hinterlassenschaften der Wiederaufbereitungsanlage in Karlsruhe (WAK) wird voraussichtlich 2,4 Mrd. € kosten.

- Die Sanierung der Asse II ist noch nicht abschätzbar.

*Das alles zahlen die Steuerzahler in der Zukunft. Eine sehr teure Energieart die Atomenergie*

## Staatliche Mittel für die Fusionsforschung

- ITER-Testreaktor in Cadarache in Frankreich bis 2020 3,5 Mrd. US \$
- Ein Demoreaktor geplant nach dem ITER Testreaktor 8 Mrd. US \$
- ITER-Projekt bisher 10,7 Mrd. €, vermutlich werden die Kosten steigen über einen so langen Zeitraum.

2050 soll die "unendliche" Energie zur Verfügung stehen. Für das Klima untauglich, da jetzt sofort einfache und bekannte Lösungen gefragt sind und nicht in eine ferne Zukunft vertagt werden können.

Ausgaben der sonstigen weltweiten Kernfusionsforschungskosten von 1974 bis 1998 28,3 Mrd. €

*Bisherige staatliche Mittel für den Bau und Betrieb von Atomanlagen in Deutschland - eine Auswahl*

- Bau von Forschungsreaktoren rund 20 Milliarden Euro
- Öffentliche Finanzierungsanteile an gescheiterten Atomprojekten wie der Schnelle Brüter in Kalkar (heute eine Freizeitanlage), WAA Wackersdorf, THTR Hamm-Uentrop, AKW Mülheim-Kärlich rund 9 Mrd. Euro
- Castortransporte nach Gorleben rund 3 Mrd. Euro (Stand 2007). Der letzte Castortransport 2008 hat alleine das Land Niedersachsen 21,5 Millionen Euro gekostet.

## Eine Bewertung

Die Anti-AKW-Bewegung ist neben ihrer örtlichen Verankerung in der Bevölkerung auch eine internationale Bewegung gegen die weltweite Atommafia. Es sollte aber auch nicht vergessen werden, dass neben dem Widerstand gegen Atomanlagen ein ganz normaler Alltag zu bewältigen ist. Viele von uns machen ihre politische Arbeit in der Anti-AKW-Bewegung ehrenamtlich. Der Widerstand erfordert Kraft, Phantasie und auch Finanzmittel, bringt aber auch Freude, Spaß, Gespür im Umgang mit den Menschen und der Umwelt, die in jeder einzelnen Aktion und Demonstration immer wieder neu von Einzelpersonen und Gruppen eingesetzt, diskutiert und aufgebracht werden müssen.

**Für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen, weltweit!**

**Für den sofortigen Stopp aller Atomtransporte, weltweit!**

**Für den sofortigen Ausbau aller erneuerbaren Energien, weltweit!**

**Hände weg vom Erneuerbaren Energie Gesetz!**

**Weg von den fossilen Energiearten ÖL, Kohle und Atom!**

**Lasst das Uran in der Erde!**

*Dieter Kaufmann,  
Arbeitskreis gegen Atomanlagen Frankfurt a. M.*

## August und später ...

**Immer mittwochs 17 - 19 Uhr StromweXelstube im BI-Haus in Lüchow**

- 20.-23.8.**, Free Flow Open Air Festival in Mützingen, [www.castor.de](http://www.castor.de)  
**23.8. 17 Uhr**, Energieausflug: Besichtigung der Nullemissionsfabrik SOLVIS GmbH in Braunschweig, [www.tschernobyl-initiative.eu](http://www.tschernobyl-initiative.eu)  
**25.-30.8.**, IPPNW-World-Congress in Basel, Uni [www.ippnw2010.org](http://www.ippnw2010.org)  
**27./28.8.**, Konferenz der Rosa Luxemburg Stiftung Nds. „Auto und Mobilität in der Krise“ in Hannover, Freizeitheim Linden, [www.ris-nds.de](http://www.ris-nds.de)  
**28./29.8.**, Infofestival gegen Atommülllager Bure, [www.stopbure.com](http://www.stopbure.com)  
**3.-5.9.**, Energiekonferenz „Atomkraft abschaffen – Die Zukunft ist erneuerbar!“ der norddeutschen Linksfraktion in Hamburg-Altona, Ort Die Fabrik, [www.linksfraktion-hamburg.de/energiekonferenz](http://www.linksfraktion-hamburg.de/energiekonferenz)  
**3./4.9.**, Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung „von verkehr(t) zu richtig mobil!“ Uni Lüneburg, Campus/Scharnhorststraße 1 [www.kuestenpower.org](http://www.kuestenpower.org)  
**4.9.**, Großdemonstration gegen CO2-Endlager in Beeskow [www.kein-co2-endlager-altmark.de](http://www.kein-co2-endlager-altmark.de)  
**4.9. ab 15 Uhr**, Sommerfest der Kurve Wustrow, Kirchstraße 14 [www.kurviewustrow.org](http://www.kurviewustrow.org)  
**11.9. 11.55 Uhr**, Friedensdemo in Bonn, Am Kaiserplatz [www.friedensdemo-bonn.de.vu](http://www.friedensdemo-bonn.de.vu)  
**11.9.13 Uhr**, Großdemonstration „Freiheit statt Angst“ in Berlin, Potsdamer Platz, [www.vorratsdatenspeicherung.de](http://www.vorratsdatenspeicherung.de)  
**11.9.14 bis 18 Uhr**, Regionalkonferenz Celle-Uelzen zum Castortransport 2010 im „Bunten Haus“ in Celle, Hannoversche Straße 30f  
**16.9.**, Gorleben-Untersuchungsausschuß besichtigt Gorleben  
**16.9.17 Uhr**, Podiumsdiskussion anlässlich des Besuches des parlamentarischen Untersuchungsausschusses Gorleben, „Schützenhaus“ Dannenberg  
**16.-18.9.**, Politischer Kirchentag Plön, [www.politischer-kirchentag-ploen.de](http://www.politischer-kirchentag-ploen.de)  
**17.9.10 bis 18 Uhr**, Fachtagung „Atompolitik vor der Wende?“ Hannover, Kongreß Centrum  
**18.9.13 Uhr**, Anti-Atom-Großdemonstration und Umzingelung des Regierungsviertels in Berlin, Hauptbahnhof, [www.bund.net](http://www.bund.net), [www.ausgestrahlt.de](http://www.ausgestrahlt.de)  
**18.9.15 Uhr**, Demo „Cattenom Non Merci“ auf der Schengener Brücke in Perl, [www.cattenom-non-merci.de](http://www.cattenom-non-merci.de)  
**18.-26.9.**, Schauspiel Hannover auf dem Ballhofplatz „Freie Republik Wendland“ mit 100 Teilnehmern, [www.schauspielhannover.de](http://www.schauspielhannover.de)  
**24.-26.9.**, Jahrestagung „Menschenrechte“ Komitee für Grundrechte und Demokratie, Bildungs- und Begegnungszentrum Clara Sahlberg, Koblanckstraße 10, Berlin-Wannsee [www.grundrechtekomitee.de](http://www.grundrechtekomitee.de)  
**29.9.**, Verleihung des Petra-Kelly-Preises der Heinrich-Böll-Stiftung an Marianne Fritzen mit einem Festakt in Berlin

## Wiederkehrende monatliche Termine

- Jeden Sonntag 14:00 Uhr, Gorlebener Gebet  
 Jeden 1. Sonntag 14:00 Uhr, Gronau [www.aku-gronau.de](http://www.aku-gronau.de)  
 Jeden 3. Sonntag 14:00 Uhr, Sonntagsspaziergänge am Zwischenlager, BI-Ahaus  
 Jeden 6. eines Monats ab 14.00 Uhr, Am Tor des AKW Brokdorf Mahnwache

## Ich abonniere die Gorleben Rundschau

ab der nächsten Ausgabe.

- Bitte schickt mir jeweils ein Exemplar (EUR 15 pro Jahr)  
 Bitte schickt mir jeweils 10 Exemplare (EUR 50 pro Jahr)  
 Bitte schickt mir jeweils 100 Exemplare (EUR 120 pro Jahr)  
 Ich erteile hiermit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. eine Einzugsermächtigung für mein Konto.

Konto-Nr.: .....

BLZ: .....

Geldinstitut: .....

Name: .....

Adresse: .....

Datum, Unterschrift .....

Ausschneiden und abschicken an: BI-Büro, Rosenstr. 20, 29439 Lüchow, Konto der BI: KSK Lüchow, BLZ 258 501 10, Konto: 004 406 072 | Das Abo kann jederzeit zum Jahresende gekündigt werden.

## Sehr geehrter Herr Minister Remmel,

wir sind gestern von Gronau nach dem Sonntagsspaziergang an der UAA Gronau über Alstätte, das Zwillbrocker Venn, Vreden, Weseke, Borken, Raesfeld, Erle nach Schermbeck gefahren und mussten zu unserem Erschrecken feststellen, dass das Münsterland und anscheinend auch weite Teile des Rheinlandes inzwischen mit dem nicht - nur für die Böden so vernichtenden-Maisanbau nahezu flächendeckend belastet werden. Das Münsterland müsste man eigentlich "Maisland" nennen!

Gleichzeitig verschwinden Hecken (sie entwickeln sich zu "Spaliergrün") und Feldraine. Blühstreifen sieht man so gut wie nicht!

*Als Imker fürchte ich um die Ernährungsgrundlagen für die unentbehrlichen Insekten!*

*Was gedenken Sie gegen diese Entwicklung zu tun?*

*Rasches Handeln ist angezeigt!*

Weiter frage ich an, was die neue Landesregierung gegen die Ausweitung der Atomindustrie in unserem Land bzw. in Europa (Kündigung des EURATOM-Vertrages u.a.) und zur Umsetzung eines raschen und unumkehrbaren Atomausstiegs tun wird!

Freundliche Grüße

Birgitt und Jürgen Kruse

Bonifatiusstr. 10

46514 Schermbeck

T.: 02853-8579557

[www.heckenschutz.de](http://www.heckenschutz.de)



## Impressum

Die Gorleben-Rundschau erscheint 10-12 mal jährlich und wird herausgegeben von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V..

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Für Neuerungen, produktive Anregungen und LeserInnenbriefe sind wir immer ansprechbar. Es ist erwünscht, eigene Texte zum Thema Atomkraft, Gorleben und erneuerbare Energien einzubringen; sie werden gerne veröffentlicht, sofern sie in den Kontext der Ausgabe passen.

**Redaktion:** H. Eckert

**Bildmaterial:** contrAtom, PubliXviewinG

**Mitarbeit:** D. Kaufmann, H. Lau, Fachgruppe Radioaktivität, D. Menzner, S. Kötting-Uhl, M. Donat, W. Ehmke, F. Althoff, K. Starck

**Versand & Termine:** L. Wente

**Auflage:** 1000

**BI Büro:** Rosenstr. 20, 29439 Lüchow

Fon: 05841/4684, Fax: 05841/3197,

[buer@bi-luechow-dannenberg.de](mailto:buer@bi-luechow-dannenberg.de), [www.bi-luechow-dannenberg.de](http://www.bi-luechow-dannenberg.de)

**Öffnungszeiten:** Mo, Mi, Fr, Sa 9 - 12 Uhr, Di + Do 15 - 18 Uhr